

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e.V.**



**Aufruf zu einer Nationalen  
Strategie zur Überwindung  
von Wohnungsnot und Armut  
in Deutschland**

BAG W Bundestagung 2013, Dortmund, 26. September

Dr. Thomas Specht, BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Geschäftsführer

# Vorstellung ausgewählter Eckpunkte



- I. Notwendigkeit und Funktion  
Wohnungsnotfall-Rahmenpläne  
(WRP)
- II. Schwerpunktaufgaben in fach-und  
sozialpolitischen Handlungsfeldern
- III. Schwerpunktaufgaben Bund, Länder  
und lokale Ebene

# Auf dem Weg zu integrierten Wohnungsnotfall-Rahmenplänen: Ziele

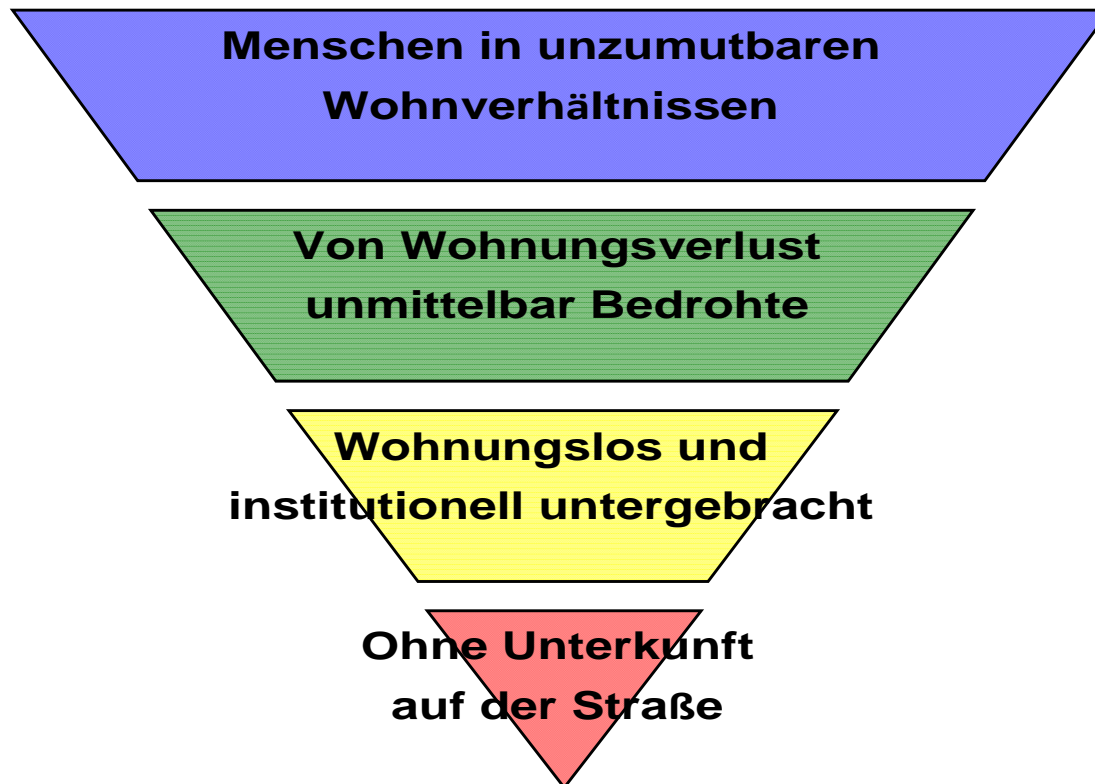


- **Rahmenpläne** von den politischen Akteuren in Bund, Ländern und Gemeinden einfordern
- Beitrag zum **Nationalen Plan zur Armutsbekämpfung** (NRP) leisten
- **Orientierung** für freie und öffentliche Träger des Hilfesystems zur Schwerpunktsetzung bei ihrer Strategieentwicklung anbieten

# Auf dem Weg zu integrierten Wohnungsnotfall-Rahmenplänen: Zielgruppen



## Wohnungsnotfallpyramide



# Wohnungsnotfälle nehmen drastisch zu



- 284.000 Menschen in Deutschland waren 2012 ohne Wohnung (Anstieg um 15% seit 2010)
- Bis 2016 werden 380.000 Menschen in Deutschland wohnungslos sein
- Ursachen des Anstiegs:
  - Mietpreissteigerungen
    - Zunahme der Armut
    - Mangel an preiswerten Wohnraum
    - Fehlentscheidungen bei Hartz IV
    - Defizite beim Ausbau von Fachstellen

# Rahmenpläne auf allen Ebenen erforderlich



- Nationalen Wohnungsnotfall-Rahmenplan (WRP-National)
- Wohnungsnotfall-Rahmenpläne für die sechzehn Bundesländer (WRP-Land)
- Lokale Wohnungsnotfall-Rahmenpläne (WRP-Lokal; Kommunen und Landkreise)

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e.V.



## **II. Schwerpunktaufgaben in fach-und sozialpolitischen Handlungsfeldern**

# Integrierte Notversorgung



## Situation:

- Winternothilfeangebot in vielen Kommunen noch immer unzureichend oder nicht vorhanden
- Kommunen entziehen sich der Pflicht zur ordnungsrechtlichen Grundversorgung
- Immer noch viele menschenunwürdige Obdachlose



# Integrierte Notversorgung



## Forderungen:

- Bund: Innenministerkonferenz muss Leitlinien für eine menschenwürdige Unterbringung formulieren
- Länderinnenministerien müssen die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen der Kommunen überprüfen
- Kommunen müssen integrierte Notversorgungskonzepte entwickeln und menschenwürdige Notunterkünfte schaffen

# Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik



## Situation:

- Mieten und Energiekosten steigen – geförderter Wohnraum nimmt ab
- Fehlen von präventiven Maßnahmen in vielen Regionen
- Zugang zu bezahlbarem Wohnraum durch SGB-II Regelungen erschwert

# Wohnungsversorgung und Wohnungspolitik



## Forderungen:

- Verankerung der Wohnungspolitik auf Ebene des Bundes (Wohnungsnotfallstatistik, Mietschuldenübernahme im SGB II als Beihilfe, „Mietpreisbremse“, soziale Förderprogramme)
- Bundesländer müssen durch soziale Wohnungsbaupolitik bezahlbaren Wohnraum für alle sichern (Förderprogramme Prävention, Wohnungsnotfallstatistik)
- Kommunen (Landkreise) müssen Wohnraumversorgungskonzepte entwickeln und Zentrale Fachstellen aufbauen

# Gesundheitsversorgung und Gesundheitspolitik



## Situation:

- Häufig sehr schlechter Gesundheitszustand wohnungsloser Männer und Frauen
- Ausschluss vom Regelsystem
- Krankenversicherungsstatus oft ungeklärt
- Die Arbeit der Wohnungslosenhilfe wird von Gesetzgebungen im Gesundheitssektor unterwandert (Zuzahlungen, Zusatzbeiträge etc.)

# Gesundheitsversorgung und Gesundheitspolitik



## Forderungen:

- Bund: Kostenbeteiligungen müssen für ALG II- und Sozialhilfe-BezieherInnen abgeschafft werden
- Länder: Der kassenärztliche Sicherstellungsauftrag muss auch in Bezug auf wohnungslose Patienten abgesichert werden
- Kommunen müssen eine aufsuchende niedrigschwellige medizinische Versorgung installieren

# Arbeitsförderung und Arbeitsmarktpolitik



## Situation:

- 90% der erwerbsfähigen wohnungslosen Personen sind arbeitslos (67% langzeitarbeitslos)
- Instrumentarium des SGB-II kurzzeitig, arbeitsmarktfern und unterfinanziert
- Integrationsquote bei den marktfernen nur zwischen 5-15%, inkl. Wohnungslosen

# Arbeitsförderung und Arbeitsmarktpolitik



## Forderungen :

- Bund: Gesetzlich rechtskreisübergreifende Sozialunternehmen für einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen
- Bund/Land: Förderprogramme zur Qualifikation besonders arbeitsmarktferner Personen auflegen
- Kommunen: Arbeitshilfen im kommunalen Rahmenprogramm für Wohnungsnotfälle ausweisen

# Junge Erwachsene unter 25 und Jugendhilfepolitik



## Situation:

- Anteil der jungen wohnungslosen Menschen gestiegen (2012: 36.000 Personen)
- Versorgung und Unterstützung von jungen Menschen in Wohnungsnot unzureichend
- Ungerechtfertigte Hilfeverweigerung der Kostenträger (insbesondere Jugendämter)
- Gesamtkonzepte zur Hilfe fehlen oft



# Junge Erwachsene unter 25 und Jugendhilfepolitik



## Forderungen:

- Bund: Beendigung -Auszugsverbots für U-25 und der Sanktionierung der Unterkunft
- Schwerpunktmäßige Berücksichtigung von jungen Erwachsenen in Förderprogrammen der Länder für Wohnungsnotfälle
- Kommunen und LK: Sicherstellung des Vorrangs der Jugendhilfemaßnahmen für 18-21 Jährige

# Migration und Hilfen in Wohnungsnotfällen



## Situation:

- 25% der KlientInnen mit Migrationshintergrund
- Zunehmende Engpässe bei öffentlicher Unterbringungen
- Anerkannte Flüchtlinge finden keinen Wohnraum
- Steigende Belastung für niedrigschwellige Angebote, die Hilfen anonym gewähren

# Migration und Hilfen in Wohnungsnotfällen



## Forderungen:

- Bund: Unterstützung der Kommunen bei der Notversorgung durch den Bund
- Länder: Schaffung angemessener Hilfe und-  
Finanzierungsstrukturen
- Kommunen: Sicherstellung des  
uneingeschränkten Zugangs zu Angeboten der  
Notversorgung

# Schutz vor Gewalt und Vertreibung



## Situation:

- Seit 1989 mindestens 409 wohnungslose Todesopfer von Gewalttaten
- Diskriminierung und Vertreibung
  - erschwert Zugang zur öffentlichen Infrastruktur
  - beeinträchtigt wohnungslose Menschen an der Wahrnehmung ihrer Grund- und Bürgerrechte

# Schutz vor Gewalt und Vertreibung



## Forderungen:

- Bund: Diskriminierung wohnungsloser Menschen durch Polizei- und Ordnungsrecht muss entgegengewirkt werden
- Länder: Förderung von Beratungs- und Therapieangebote für von Gewalt betroffene Wohnungslose
- Kommunen: Öffentlicher Raum muss für wohnungslose, arme und sozial ausgegrenzte Menschen diskriminierungsfrei nutzbar sein

Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e.V.



# **III Schwerpunktaufgaben auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene bei der Entwicklung von Wohnungsnotfallhilfe- Rahmenplänen**

# Globalziele für alle politischen Ebenen



- Förderung eines **rechtskreisübergreifend** koordinierten **Gesamthilfesystems** für Wohnungsnotfälle
- Flächendeckender Ausbau eines **präventiven Systems** zur Verhinderung von Wohnungsverlusten
- Abbau der Straßenobdachlosigkeit **auf Null** durch **integrierte Notversorgungskonzepte**
- Aufbau einer **Wohnungsnotfallberichterstattung** in Bund und

# Schwerpunktaufgaben national



**Eindeutige Kompetenzregelung** für das Querschnittsthema Wohnungsnotfälle in der Bundesregierung

- Einsetzen **interministerielle AG** zur Entwicklung der Eckpunkte für **Nationalen Rahmenplan** mit Beteiligung BAG W
- Rahmengesetzgebung des Bundes, für eine verpflichtende **Wohnungsnotfall-Statistik**
- **Pflicht zur Wohnungsnotfallhilfeplanung** in Sozialgesetzbüchern II und XII verankern



# Schwerpunktaufgaben Bundesländer



- Landesweite **Erhebung der regionalen Verteilung** der Hilfeangebote und Hilfebedarfe
- Sofortige Einführung landesweiter **Wohnungsnotfall-Statistiken** per Erlass nach dem **Modell NRW**
- Schaffung von landesweiten **Wohnungsnotfallhilfe-konferenzen** unter Einbindung der öffentlichen und freien Träger: Aufstellung, Umsetzung und Evaluation Wohnungsnotfall-Rahmenpläne (WRP- Land)

# Schwerpunktaufgaben Kommunen und Landkreise



- Institutionalisierung von **Wohnungsnotfallhilfeplanung** unter gleichberechtigter und gleichgewichtiger Beteiligung freier Träger an der Sozialplanung
- Schaffung eines **rechtskreisübergreifend koordinierten Gesamthilfesystems für Wohnungsnotfälle** unter Beteiligung aller Akteure
- Etablierung regelmäßiger **Wohnungsnotfall-Berichterstattung**
- Auf- und Ausbau von **Fachstellen zur Prävention** von Wohnungsverlusten

# Was tut die BAG W zur Umsetzung? Was erhoffen wir uns?



## Tun

- Gestern Vorstellung auf Pressekonferenz
- Ggf. Aktualisierung mit Ergebnissen Bundestagung
- Verabschiedung durch Vorstand Ende Oktober
- Publikation als Broschüre 2013/2014 (ca. 20 DIN A4-Text Langfassung)
- Lobbyarbeit auf allen Ebenen: Mitglieder der BAG W + Geschäftsstelle

## Erhoffen

- Stärkeres Aufgreifen Wohnungsnotfallproblematik
- Mehr Planungs- und Koordinierungsanstrengungen durch Wohnungsnotfallrahmenpläne auf allen politischen Ebenen (WRPs)
- Absicherung und Ausbau der Hilfen für Wohnungsnotfälle vor Ort, inkl. stationärer, teilstationärer und ambulanten Hilfen

**Bundesarbeitsgemeinschaft  
Wohnungslosenhilfe e.V.**



**Vielen Dank für  
Ihre  
Aufmerksamkeit !**